



Finanzplatz Zürich

Franken verwaltet. Dabei deponierte er die Gelder bei verschiedenen Banken, die ihm dafür als Dankeschön stolze Provisionen zahlten. Für den Kauf von Wertpapieren erhielt er allein von einem Finanzinstitut über 690 000 Franken. Davon sah die Stiftung freilich nichts, der Vermögensverwalter hatte die sogenannten Kick-Backs in die eigene Tasche gesteckt. Die Gläubiger von Schmider wollten sich das nicht bieten lassen. Sie klagten mit der von ihnen inzwischen kontrollierten Stiftung gegen den Verwalter – und bekamen recht. Das spektakuläre Urteil setzt die helvetische Finanzindustrie massiv unter Druck – und wird manchen deutschen Großanleger aufhorchen lassen. „Die meisten Vermögensverwalter werden sich nun wohl mit ihren Kunden vergleichen“, glaubt Anwalt Stefan Metzger. Berufskollege Daniel Fischer aus Zürich ist nicht so optimistisch. Zwar konnte auch er mehrere Vergleiche abschließen, aber viele Verwalter würden das Thema noch verdrängen. „Das funktioniert über falsche Aufklärung des Kunden oder indirekte Drohungen mit Strafverfahren in Deutschland“, sagt der Wirtschaftsanwalt.

SCHWEIZ

Vermögensverwalter unter Druck

In der Schweizer Finanzbranche geht die Angst um. Kürzlich verurteilte ein Gericht im Kanton Graubünden einen Vermögensverwalter zur Zahlung von 2,3 Millionen Franken an eine Kundin. Er hatte jahrelang für eine Liechtensteiner Stiftung von Manfred Schmider, dem ehemaligen Chef der Betrugsfirma Flowtex, rund 100 Millionen Schweizer

WÄHRUNGSPOLITIK

Wirtschaftsweiser fordert Dollar-Käufe

Um das Wachstum und die neugeschaffenen Jobs in Deutschland zu schützen, fordert der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger die Regierungen der Euro-Zone auf, über Wechselkursinterventionen nachzudenken. Der aktuell hohe Euro-Kurs führt nach Ansicht des Wissenschaftlers dazu, dass Deutschland sei-



Bofinger

ne gerade erst wiedererlangte Wettbewerbsfähigkeit erneut verliert. Denn die exportgetriebene Wirtschaft des Landes leidet unter dem hohen Euro-Kurs, der deutsche Waren im Ausland verteuert. Die Europäische Zentralbank (EZB), die sich traditionell gegen derartige Deviseninterventionen stellt, habe laut Bofinger jedoch nicht die alleini-

ge Hoheit über die Wechselkurspolitik der EU. „Die uneingeschränkte Unabhängigkeit gilt nur für die Zinspolitik“, so der Wirtschaftsweiser. Laut dem EU-Vertrag könnten die Finanzminister des EU-Rates der EZB eine „allgemeine Orientierung“ bezüglich der Wechselkurspolitik vorgeben, sofern sie dem Ziel der Preisstabilität nicht entgegenstünden. „Die ungünstige Wechselkursentwicklung ist kein Naturereignis, das man schreckensstarr beobachten muss, ohne eingreifen zu können“, so Bofinger. „Die Politik hat sich hier nur eine Art freiwillige Selbstbeschränkung auferlegt.“

